

Bericht von der Front

Am 31. August 2015 sprach Angela Merkel ihren berühmten Satz: »Wir schaffen das!« Ein großes Wort, ziemlich untypisch für die bekannte rhetorische Dürre der Kanzlerin. Wobei: Merkels ganzer Kommentar lautete: »Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das!« »Diese Dinge« bezog sich auf die Integration einer nicht absehbaren Vielzahl von Menschen, die unter schrecklichen Bedingungen nach Deutschland geflohen waren – da war die Kanzlerin dann doch ganz bei sich selbst.

Der Satz wurde seither viel gelobt und noch mehr kritisiert. Merkel selbst hat ihn 2016 Stück für Stück zurückgenommen und dann irgendwann ganz kassiert, insgesamt ein ähnlicher Verlauf wie bei der Energiewende, als in einem couragierten *coup d'oeil* erst die Atomkraftwerke stillgelegt wurden, die nachträgliche Kompensation durch erneuerbare Energien aber bis heute der Erfüllung harrt. Sobald Merkel ihren trippelnden Pragmatismus verlässt und zur großen Geste ausholt, muss man also genauso besorgt sein, wie wenn sie einem kritisierten Parteisolddaten ihr »vollstes Vertrauen« ausspricht. Der Untergang ist dann nicht mehr weit.

Aber trotzdem: Hier ein kleines Protokoll, drei Jahre nach »Wir schaffen das«, erzählt ganz subjektiv und ganz alltäglich, aber vielleicht trotzdem über den Einzelfall hinaus gültig.

Wir

»Wir«, das sind in diesem Fall: Meine Frau, eine Buchhändlerin mit Germanistik-Studium, und ich, ein promovierter Volljurist, beide Anfang 40, drei Kinder, wohnhaft in Berlin-Lichtenberg. Meine Frau

und ich sind irgendwann der drohenden Provinzexistenz in West-Deutschland entflohen und nach Berlin gezogen, weil das Leben hier billig und frei war, und waren irgendwann zu bequem, um wieder zu gehen. Wir kaufen gerne im Bio-Laden, beziehen unseren Strom über Lichtblick, sind beide in der evangelischen Kirche, wenn auch vorwiegend deshalb, weil die Kirchen als Wohltätigkeitsvereine ordentliche Arbeit leisten, außerdem tut den Kindern, so ein sentimentales Gefühl, ein bisschen christliche Folklore hier und da irgendwie gut. Zusammengenommen vereinen wir also alle Stereotype des links-liberalen Bürgertums. Ich arbeite seit dem zweiten Staatsexamen in einem kleinen Verlag, habe mit vielen angeblichen Kern-Rechtsgebieten überhaupt gar nichts zu tun, bin aber stolzer Inhaber zweier Prädikatsexamen, was freilich nur deshalb angemerkt sei, weil ich mich damit für administrative Hilfe in Flüchtlingsangelegenheiten irgendwie privilegiert oder jedenfalls sachkundig gewähnt habe. Die Sozialisation, die meine Frau und ich durchlaufen haben, war ziemlich verschieden, fiel aber bei uns beiden erbarmungslos in die feiste Regierungszeit von Helmut Kohl, weshalb wir beide niemals und unter keinen Umständen CDU wählen würden. Nur einmal waren wir ganz kurz davor, als Angela Merkel nämlich sprach: »Wir schaffen das!«, und wir diesen kurzen Anflug einer humanistischen Vision derart bewegend fanden, dass wir die Kanzlerin gegen ihre zahllosen Kritiker von links und rechts gern unterstützt hätten. Dazu ist es dann, siehe oben, nicht mehr gekommen.

»Wir«, das sind weiter: Amanuel Ghebreleul und seine Frau Abrihet, beide Mitte 20, beide aus Keren, einem Städtchen in Eritrea, wo er eine Ausbildung zum Tierarzt und zum Diakon und sie eine Ausbildung zur Gärtnerin gemacht hat. Beide sind orthodoxe Christen und mussten deshalb drückende Repressalien des autoritären Regimes erleiden; als Amanuel wieder einmal ohne Grund festgenommen wurde, beschlossen die beiden zu fliehen. Für ein paar Monate arbeiteten sie im Sudan, strandeten dann unter schlimmsten Bedingungen in Libyen, schafften es irgendwie übers Mittelmeer, blieben ein paar Wochen in Italien und zogen im September 2015 nach Deutschland, angezogen von entfernten Verwandten, die in Siegen wohnen, angezogen aber vermutlich ebenfalls von den freundlichen Äußerungen der Kanzlerin, die in den Ohren der Verfolgten wie die Aussicht auf Erlösung klingen mussten. Freilich steht die Schilderung dieses ganzen Leidensweges unter Vorbehalt, denn eine gewisse Scheu vor zu intimen Nachfragen hat den Austausch über die Flucht

bislang recht diskret gehalten, zudem verfügen Amanuel und Abrihet auch heute noch nicht über Deutschkenntnisse, die eine eindeutige Verständigung ermöglichen würden.

Orthodoxe Christen aus Eritrea genießen hier einen ähnlichen Status wie Flüchtlinge aus Syrien. Das Aufenthaltsrecht der beiden war deshalb bald anerkannt. Kennengelernt haben wir uns über eine Sprachschule, die bei uns um die Ecke ehrenamtlich Unterricht organisiert. Meine Frau und ich haben uns dort erkundigt, ob es nicht eine Familie gebe, die wir treffen und gelegentlich auch unterstützen könnten. Das war vor gut zwei Jahren. Bei unserem ersten Treffen waren wir uns wechselseitig gleich sympathisch: Amanuel und Abrihet sind offene, humorvolle, warmherzige, höfliche und bescheidene Menschen; wir sehen uns seither regelmäßig zu allerlei erfreulichen und unerfreulichen Anlässen, feiern Geburtstage gemeinsam, machen gelegentlich Ausflüge und gehen häufig aufs Amt. Ich war zweimal mit Amanuel im Brandenburger Umland, wo er für ein orthodoxes Fest Schafe geschlachtet hat, und Amanuel nennt mich »mein deutscher Papa«.

Schaffen

Hangelt man sich an den wichtigsten Kristallisationspunkten bürgerlicher Lebensweise – Familie, Arbeit, Eigenheim – entlang, so sieht unsere Schaffensbilanz nach zwei Jahren wie folgt aus:

Familie

Amanuel und Abrihet sind verheiratet, aber nur in Eritrea. Diese Ehe wird hier nicht anerkannt, weil das eritreische Verwaltungsniveau generell als nicht vertrauenswürdig gilt. Noch einmal zu heiraten, ist allerdings ausgeschlossen, weil dazu für hiesige Zwecke ein eritreisches Ehefähigkeitszeugnis erforderlich wäre, dessen Ausstellung aber neben tatsächlichen Schwierigkeiten auch daran scheitern dürfte, dass die beiden dort schon verheiratet sind, die Ehefähigkeit mithin fehlt. Das sei mehr der Vollständigkeit halber erzählt; mir fehlen die erforderlichen Kenntnisse im internationalen Privatrecht, um diesen ganzen Vorgang wirklich zu durchdringen, und Amanuel und Abrihet finden diese administrative Blockade eher kurios. Die beiden haben im November 2016 ihr erstes Kind bekommen und im Dezem-

ber 2017 ihr zweites. Weiterer Nachwuchs ist einstweilen nicht geplant. Die Suche nach einem Kita-Platz war bislang aussichtslos, Rechtsanspruch hin oder her. Ich erneuere alle drei Monate den Gut-schein.

Arbeit

In Sachen Arbeit sah es lange Zeit ähnlich aus. In Deutschland herrscht bekanntlich Facharbeitermangel, aber die beiden kennen sich vor allem mit Flora und Fauna der eritreischen Landwirtschaft aus. Amaniël wurde zwar vor kurzem zum Priester geweiht und ist seither auch für sinnsuchende Christenmenschen zuständig. Auf die Expertise in landwirtschaftlichen oder in religiösen Angelegenheiten bezieht sich der hiesige Facharbeitermangel jedoch nicht.

Eines der ersten deutschen Worte, das die beiden fehlerfrei aus-sprechen können, war deshalb »Maßnahme«. Seit ihrer Anerkennung bekommen die beiden Hartz IV und stehen damit unter der Obhut des Jobcenters. Ständig kommen irgendwelche Bescheide ins Haus, die detailliert vorrechnen, welches Kind ab welchem Alter von wel-cher Behörde Unterstützung erhält und wie sich Elternzeiten oder Mutterschutz auswirken. Das sind alles Faktoren, die den Hartz-IV-Satz erhöhen oder mindern, fein säuberlich durchdekliniert für sämtliche Familienmitglieder bis zum letzten Cent, dazu kommen meist noch zusammenkopierte Regelsätze und Rechtsgrundlagen. Kaum ein Bescheid hat weniger als fünf Seiten, üblicherweise sind sie sieben bis zehn Seiten lang. Ich habe mich redlich bemüht, aber kaum etwas davon verstanden. Nachvollziehen oder gar nachrechnen lässt sich nichts, sofern man damit nicht hauptberuflich beschäftigt sein möchte.

Amaniël wird regelmäßig vorgeladen, um mit stets wechselnden Sachbearbeitern über seine berufliche Zukunft zu sprechen, und an-schließend lackiert er einen Tag lang Stoßstangen oder sortiert Alt-metall. Danach bekommt er eine Bescheinigung von dem jeweiligen Betrieb, dass er für die Tätigkeit grundsätzlich geeignet sei, und da-mit hat die Sache ihr Bewenden. Im ersten Jahr haben die beiden immer wieder Sprachkurse bekommen und sich kontinuierlich bis zu B 2 vorgearbeitet (»Selbständige Sprachverwendung«), aber auch das ist mehr eine Frage der Aktenlage. Die Sprachverwendung ist bis heute nicht selbständig, wofür ich freilich volles Verständnis habe, seit ich versuche, auf Tigrinya, der Muttersprache der beiden, mehr als nur Dankeschön zu sagen.

Im März 2018 dann die Nachricht: Wir haben Arbeit für Sie! Das Jobcenter hat eine Maßnahme in einem Fünf-Sterne-Hotel organisiert, Amaniël war dort so zuverlässig wie immer, und seither arbeitet er als »Steward« am Potsdamer Platz. *Case closed*. Amaniël sitzt jetzt vier Tage die Woche im Untergeschoss des Hotels und wäscht Bettwäsche oder spült Geschirr, ohne Tageslicht zu sehen und ohne ein Wort deutsch zu hören, denn unter den Kollegen sind Bio-deutsche nicht vorhanden; die inoffizielle Arbeitssprache ist arabisch (was Amaniël nicht versteht). Gezahlt wird nach Mindestlohn; am Ende des Monats stehen ca. 700,- Euro, von denen – wir sind schließlich eine Solidargemeinschaft! – der ganz überwiegende Teil von den Hartz-IV-Leistungen abgezogen wird. Das Familieneinkommen hat sich also kaum verändert. Es hat sehr lange gedauert, Amaniël diesen Zusammenhang zu erklären, und ich bin nicht sicher, ob er ihn mittlerweile verstanden hat.

Wohnung

Und schließlich: Das Eigenheim. Jeder weiß, wie sich der Wohnungsmarkt in Deutschland und besonders in Berlin in den letzten Jahren entwickelt hat. Wie durch ein Wunder ist es Amaniël und Abrihet im Juli 2016 gelungen, über die Kirche eine möblierte Einzimmerwohnung in Zehlendorf zu bekommen: kleine Küche, kleines Bad, kein Palast, aber zweckmäßig, und mit 550,- Euro auch noch im Kostenrahmen von Hartz IV. Die Ghebreleuls sind hochzufrieden. Der Vermieter ist es nicht. Er ist ein älterer und misstrauischer Herr, der es für eine altruistische Tat hält, an »solche Leute« zu vermieten, und den Mietvertrag deshalb vorsichtshalber auf zwei Jahre befristet. Direkt nach dem Einzug in die Wohnung beginnt deshalb die Suche nach einer neuen.

Zwei Jahre und zwei Kinder später sieht das so aus: Für eine vierköpfige Familie übernimmt das Jobcenter in der Regel eine Miete von 646,- Euro, und auch das nur, wenn eine Sozialwohnung gemietet wird, was wiederum einen Wohnberechtigungsschein voraussetzt (noch so ein Wort, das Amaniël gut kennt). Die Suche geht wie folgt: Etwa alle zwei Wochen zeigt das Internet im Großraum Berlin ein Angebot an, das den Kriterien des Jobcenters entspricht. Der Vermieter, meist eine der großen Wohnungsgesellschaften, nennt einen Besichtigungstermin, ein Dienstag um 11.50 oder ein Donnerstag um 16.20, jedenfalls eine Uhrzeit, zu der zu erscheinen eine ordentliche Erwerbsbiographie unmöglich machen würde. Zu jedem Termin

kommen ein paar Dutzend Bewerber, die erwerbsbiographisch nur wenige Einschränkungen haben und sich stumm durch die Wohnung schieben, manche resigniert, manche wütend, manche voller Hoffnung, dass nunmehr endlich der Aufstieg beginnt. Wenn wir dabei sind, sinkt die Hoffnung wieder, weil jeder weiß, dass gegen zwei Biodeutsche kaum eine Chance besteht; sobald sich herausstellt, dass wir nur zur Unterstützung dabei sind, steigt die Stimmung wieder, weil beim Ausfüllen der Formulare die meisten Hilfe gut gebrauchen können.

Am Ende steht ein Formular des Vermieters, in dem Miete, Nebenkosten und einige andere Informationen aufgeschlüsselt sind. Damit gehen die Interessenten zu ihrem jeweiligen Jobcenter, um sich die Übernahme der Miete zusichern zu lassen, geben dann dieses Dokument mit der Bewerbung im Büro des Vermieters ab, am besten persönlich, weil Eile geboten ist. Beizulegen ist immer eine Schufa-Auskunft (Kosten: 30,- Euro), was mir zwar bei Sozialwohnungen in jeder Hinsicht unsinnig vorkommt, aber trotzdem von allen verlangt wird. Für Amaniël heißt das alles: ein bis zwei Stunden mit den öffentlichen Verkehrsmitteln von Zehlendorf nach Buckow oder Hellersdorf oder Reinickendorf, Wohnungsbesichtigung, eine Stunde nach Steglitz zum Jobcenter, dort je nach Lage ein bis vier Stunden warten, dann ein bis zwei Stunden zum Vermieter. Wir haben diese Odyssee zu Beginn einige Male mitgemacht, dann aber mit Rücksicht auf unser bürgerliches Leben wieder aufgegeben. Hartz IV erfordert bei der Wohnungssuche zwei Arbeitstage pro Angebot.

Monate später, nach etwa 25 Absagen (die nie begründet werden) kam tatsächlich eine Zusage, direkt an der Grenze zu Brandenburg, eine helle Dreizimmerwohnung mit einem Spielplatz im Hof, das Jobcenter zahlt, der Vertrag liegt bereit. Das war am 25. Juni 2018, Vertragsunterzeichnung zwei Tage später, Einzug zum 1. Juli. Was für ein Wunder! Ich komme mit zum Vermieter, der Umzug findet noch am 30. Juni statt, viel gibt es schließlich nicht zu transportieren. Die Ummeldung gelingt, noch ein Wunder, sofort, obwohl alle Berliner Bezirksämter auf Wochen hinaus keine Termine vergeben. Ich stelle beim Jobcenter einen Antrag auf Übernahme einer doppelten Miete, denn der alte Mietvertrag läuft noch zwei Monate; Amaniël und Abrihet können es sich nicht leisten, zwei Wohnungen zu bezahlen, aber die Situation auf dem Wohnungsmarkt macht den Verhandlungsspielraum auf Mieterseite ziemlich klein. Der Antrag ist auch heute, also ein halbes Jahr später, noch nicht beschieden.

Summe

Unglücklicherweise musste zum 1. Juli auch der Hartz-IV-Antrag erneuert werden, weil die Zahlungen immer auf zwei Jahre befristet sind. Das alte Jobcenter, das bereits sämtliche Unterlagen aus dem Leben der Ghebrelouis besitzt, ist nun aber nicht mehr zuständig. Das neue Jobcenter, das berüchtigte Jobcenter Neukölln, möchte ausnahmslos alle Unterlagen noch einmal haben, einen Austausch zwischen den Berliner Behörden gibt es nicht, Datenschutz, Faulheit, warum auch immer. Wir schicken alle Pässe, Aufenthaltstitel, Geburtsurkunden, Arbeitsbescheinigungen usw. noch einmal; manche Kopien werden als unleserlich zurückgewiesen, von einer Sendung möchte das Jobcenter nur die Hälfte erhalten haben, eine andere Postsendung geht unterwegs ganz verloren. Meine Vertretungsvollmacht kommt an, wird aber »in unserem Telefonsystem« nicht hinterlegt, weshalb ich nur bei Vorsprache vor Ort als vertretungsberechtigt gelte und telefonisch leider keine Auskünfte erhalten kann. Und in dieser ganzen Zeit fließen keine Leistungen, weder die Grundversicherung noch die Miete noch die Kautions noch ein Zuschuss für Möbel noch sonst irgendetwas.

Das heißt: Seit Anfang Juli kommen laufend Mahnungen des bisherigen Vermieters, der sich mehr und mehr zum betrogenen Gutmenschen stilisiert, der ganzen Situation altersgemäß jedoch nicht mehr gewachsen ist und Woche für Woche mit immer wütenderen Briefen die Zahlung der offenen Miete verlangt. Ich antworte jede Woche, dass das Einkommen der Familie zur Zeit bei Null liegt, wir sehr hoffen, der Hartz-IV-Antrag werde demnächst beschieden, und bis dahin um Verständnis bitten. Die Gespräche gehen mir zunehmend auf die Nerven, aber der Herr scheint kurz vor einer Blitz-Radikalisierung in Richtung AfD zu stehen und erfordert deshalb besondere Pflege.

Ab Mitte Juli kommen die Mahnungen des neuen Vermieters, der noch auf seine Kautions wartet und bislang ebenfalls keine Miete erhalten hat. Nach der zweiten Mahnung Mitte August ist er, so weit kann ich mich noch erinnern, zur fristlosen Kündigung berechtigt, was ebenfalls wöchentliche Gespräche nach sich zieht, denn nach der Kündigung käme, das ist allen klar, erst die Massenunterkunft und dann ein Schufa-Eintrag, der die Rückkehr in den Wohnungsmarkt auf absehbare Zeit unmöglich machen würde. Ende August schreibt das alte Jobcenter und fordert rund 1.400,- Euro zurück, weil Amaniel seine Einkünfte aus der Arbeit im Hotel nicht ordnungsgemäß

gemeldet habe. Bei der Anhörung hatte ich angegeben, dass die Stelle überhaupt erst auf Vermittlung des Jobcenters zustande gekommen sei und man daher dessen Kenntnis habe voraussetzen dürfen. In seinem Rücknahmebescheid schreibt das Jobcenter dazu einen einzigen Satz: »Die Entscheidung ist wegen Kenntnis beziehungsweise grob fahrlässiger Unkenntnis der Rechtswidrigkeit zurückzunehmen«, dazu der Verweis auf einige Vorschriften aus dem SGB. Keine Definition, keine Subsumtion, keine Begründung, nur der nackte Wortlaut des Gesetzes, nach allem, was ich einmal gelernt habe, in jeder Hinsicht rechtswidrig. Ich lege Widerspruch ein, telefoniere mit dem Inkasso-Unternehmen und warte. Der Widerspruch ist bis heute nicht beschieden.

Ende August erscheint, ohne Anmeldung und ohne Ausweis, eine Mitarbeiterin irgendeiner Behörde bei den Ghebreleuls und beginnt stumm, die Wohnung zu vermessen, Rückfragen werden nicht beantwortet. Dieser Vorgang dient, wie später klar wird, als Bemessungsgrundlage der sogenannten Erstaussattung, für die das Jobcenter kurz darauf rund 1.400,- Euro bewilligt. Das ist nicht wenig, für sämtliche Möbel einer Dreizimmerwohnung aber auch keine Luxusausstattung. Ende September kommt dann endlich der Bescheid von Neukölln, dass man Grundsicherung und Miete übernehme, aber erst ab August, für Juli sei noch Steglitz zuständig. Steglitz hat bis heute nicht gezahlt.

Das heißt in der Summe: Knapp 800,- Euro Schulden beim alten und gut 700,- Euro beim neuen Vermieter, dazu ein schwer zu beziffernder Betrag für Möbel, den Amaniël sich von Freunden (auch von uns) geliehen hat, um vom Kinderbett bis zum Kühlschrank die komplette Ausstattung für das neue Zuhause zusammenzubekommen. Außerdem steht eine Rückzahlung von 1.400,- Euro an das alte Jobcenter zu erwarten, denn nach allen bisherigen Erfahrungen kann ich mir nicht vorstellen, dass eine Schlampigkeit im System zu Lasten des Staates geht. Amaniël verschwindet nach wie vor viermal die Woche im Hotel und spült dort mit Leidensgenossen Wohlstandsabfall, Deutsche kennt die Familie noch immer vorwiegend aus dem Fernsehen, die Kitas sind so voll wie vor einem halben Jahr, und dieses ganze Elend muss man noch als glimpflich bezeichnen, denn wenigstens gab es keinen fristlosen Hinauswurf aus der Wohnung.